

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger  
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.  
Dresdener Anzeiger: Amt Dresden Nr. 31207  
Elbgaupresse: Amt Elbgaupresse Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpöritz, Hofterwitz, Plönitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für den Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.  
Anzeigen werden die 6 gespaltene Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen.  
Redaktion und Expedition: Blasewitz, Tollwitzer Str. 4, 94. Jahrgang

Nr. 80 Mittwoch, den 6. April 1932

## Der erste Reichshaushalt ohne Tributbeiträge

Am 30. Juni 1932 ist im Wege einer Veranschlagung die Haushaltsgebahrung des Reiches für das Jahr 1932/33 geregelt worden, was den ersten Reichshaushalt darstellt, der ohne Tributbeiträge auskommt. Vom 1. Juli ab wird der Haushalt 1932/33 laufen. Voraussetzungen gegen Ende dieses Monats wird der Reichshaushalt veröffentlicht werden. Das wichtigste Merkmal dieses Etats wird sein, daß er zum ersten Male in der Reichsgeschichte keine Beiträge für Tributzahlungen enthält, wie es noch beim Etat 1931/32 der Fall war.

Damit stellt sich die Haushaltspolitik des Reiches konsequent im Sinne der Erklärung des Reichstagspräsidenten und der Reichsregierung ein, die vor aller Welt feststellten, daß Deutschland nicht mehr in der Lage ist, Tribute zu bezahlen.

In dieser Weise wird der Haushaltsplan also ein Kampfsatz in international-politischer Hinsicht sein. Die inneren Kriegskosten werden aber natürlich auch in dem neuen Haushaltsplan enthalten sein.

## Deutsche Landwirte verlieren Hindenburg ihrer Gefolgschaft

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag eine größere Abordnung von Landwirten und ländlichen Gemeindevorstehern aus allen Teilen Deutschlands sowie auch des Oesterreichischen Bundeslandes. Die Abordnung, welche von dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Berke, geführt war, brachte übereinstimmend das unerlöschliche Vertrauen des deutschen Landvolks in die Person und das Wirken Hindenburgs zum Ausdruck und nahm zugleich Gelegenheit, um die Wünsche der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft, in eingehender Besprechung vorzutragen.

Hindenburg dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen; in seiner Erwiderung auf die landwirtschaftlichen Forderungen gab er einen Rückblick über die Maßnahmen, die seit seiner Osterbotschaft des Jahres 1930 zum Schutz der Landwirtschaft getroffen worden sind; er versicherte, daß er nach wie vor in der Weiterentwicklung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft eine unerlöschliche Voraussetzung für die Gesundung unseres Vaterlandes erblicke.

Der Empfang schloß mit der gemeinsamen Erklärung der anwesenden Vertreter des deutschen Bauernbundes ab, daß sie die Worte des Reichspräsidenten ablehnen und in geschlossener Front sich in alter Treue zu dem Ehrenmitglied des Reichsbauernbundes, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, bekennen.

## Ein wertvoller Satz Eugenbergs: Auch Hindenburg-Wähler fühlen national!

Dr. Eugenberger sprach am Dienstagabend in Nürnberg über „Kampf dem schwarzen System“. Er erklärte, die Reichspräsidentenwahl sei eine erledigte Sache. So wie die Dinge gelaufen sind, habe nicht etwa das System im Volke einen Sieg davongetragen, sondern die Hitler gegenüberstehende historische Gestalt Hindenburg.

burgs. „Ich habe“, so führte Eugenberger weiter aus, „in diesem Augenblick die oberste Pflicht, nicht die falsche Vorstellung aufkommen zu lassen, als sei nationale Opposition gleichbedeutend mit Hitler und Nationalsozialismus.“

Millionen deutscher Menschen haben, weil der Name Hitler herausgestellt wurde, vorgezogen, Hindenburg zu wählen.

Sie stehen aber bereit für eine klare, sachliche, aufbauende, gemeinsame Reichsregierung. Die Millionen, die zur nationalen Opposition stehen und trotzdem Hindenburg gewählt haben, gehören nach wie vor zur Nationalen Opposition und wollen bei den Wahlen der Nationalen Opposition die Mehrheit schaffen — Mehrheit von Deutschen und Nationalsozialisten, die gemeinsam eine ruhige, gesunde und klare Aufwärtsentwicklung gewährleisten.“

## Herrn Wargens Bekehrung

Auf einer Rundgebung des Hindenburg-Ausschusses sprach am Dienstagabend in Berlin der frühere Reichskanzler Dr. Marx. Er erklärte, wenn er 1925 schon gewählt hätte, was Hindenburg für ein Mann sei, würde er seine damalige Kandidatur nicht angenommen haben. Alle seine damaligen Gegner hätten sich in Hindenburg getäuscht. Aber auch seine Wähler hätten sich geirrt. Es sei beschämend, zu sehen, welche niederträchtigen Lügen heute gegen ihn vorgebracht würden.

Mit scharfen Worten wandte sich Dr. Marx gegen die Kandidatur Hitlers, des Mannes, der wegen Hochverrats zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Ein großer Teil seiner Wähler sei bolschewistisch eingestellt und daher erkläre sich auch die geringe Zunahme der kommunistischen Stimmen.

## Herrn Geberings „große Stunde“

Die Öffentlichkeit erfährt den Inhalt der Denkschrift über die Hausjuchungen bei der N.S.D.A.P.

## Dem Oberreichsanwalt zugeleitet

In dem nunmehr veröffentlichten Bericht des preussischen Ministers des Innern über das Ergebnis seiner Untersuchung des bei der N.S.D.A.P. beschlagnahmten Materials wird zunächst festgelegt, der sogenannte Nachrichtendienst der Nationalsozialisten sei

eine Spitzeltätigkeit, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden könne.

Sie erstreckt sich auch auf die Tätigkeit des Staa-

tes und seiner Organe, wie Regierung, Polizei und Reichswehr. Daß es sich dabei um Auswirkungen einer zentralen Anordnung handele, zeigten die überall gemachten Funde an derartigen Spitzelberichten.

Nach kommunistischem Vorbild werde aber auch offene Verlesungsarbeit betrieben. Nach einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung werden als meldepflichtige Gegenstände bezeichnet: Bahnschuppenzergänge, Bahnsuntenanlagen, Postfernleitungen, Postfunkenanlagen, Flughäfen, Flugübergänge über Elbe und Weser, alles mit genauen Einzelheiten. Ergänzt und erläutert werde dieses Meldeschema durch einen in Göt-



Vom bulgarischen Arbeitsdienst

In Bulgarien ist bekanntlich seit einer Reihe von Jahren der Arbeitsdienst für alle Volksschichten eingeführt. Acht Monate muß jeder Bulgare eines bestimmten Alters seine Kraft dem Vaterland unentgeltlich zur Verfügung stellen. In erster Linie werden Landstraßen, Eisenbahnen gebaut und Meliorationen durchgeführt. Das System der Arbeitsdienstpflicht hat sich glänzend bewährt und schlägt um alle Volksteile das einigende Band gemeinsamer vaterländischer Ausdauer. — Arbeitsrekruten beim Bau einer neuen Eisenbahnlinie.

tingen gefundenen Befehl, in dem als „Arbeitsgebiet“ u. a. bezeichnet werden, politische Parteien aller Art, Kampfbünde, Kurierdienst der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Ueberwachung, Waffentransporte, Telegraphen-Verbindungsstellen, Radiostationen, politische Einstellung der bedienenden Personen, Flughäfen, Zahl der Maschinen.

Auch der technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtennetzes ist, nach dem amtlichen Bericht, in der letzten Zeit gleichfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden und zwar unter Einsatz aller nur denkbaren Nachrichtennetze, einschließlich Briefkästen und Blinkverbindungen.

Neuerdings werde der

## Aufstellung besonderer Spezialformationen

Gewicht beigelegt und vor allem die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Seit einigen Monaten mehrten sich die Beobachtungen, daß bei der SA. auf schnellste, vollkommene Uniformierung gedrungen wird, obwohl das bestehende reichsrechtliche Uniformverbot eine solche Maßnahme normalerweise eigentlich unverständlich machen müßte.

Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor der Reichspräsidentenwahl gefordert wurden, gewinnen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang mit der in Göttingen gefundenen Befehls, daß mit einem Einsatz der SA. gerechnet werden müsse, betrachte, und wenn man weiter die aus diesem Anlaß näher erörterte Bedeutung der drei Alarmstufen für die SA. abwäge.

## Die Nationalsozialisten

hätten im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen.

Eine Reihe von Unterlagen weise darauf hin, daß an Hand von Fragebogen Ueberfrachten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden, sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden seien.

## Eine noch undurchsichtige Sache

Die „Germania“ fordert, daß nun wirklich Schluss gemacht wird, „mit diesem Treiben, das unser Volk in das größte Unglück stürzen muß, wenn es noch weiter geduldet wird“. Die „D. A. Z.“ kommt zu dem Schluss: „Die Gerichte, nicht die Verwaltungsbehörden, müssen das vorliegende Material mit aller Beschleunigung und mit größter Strenge prüfen und danach ihr Vorgehen so einrichten, wie die Autorität des Staates und die Gleichheit vor dem Gesetz es erfordern. Aber

die politische Ausnützung vorläufig unbeweisbarer und phantastischer Beschuldigungen gegen eine Partei von sieben oder acht Millionen Deutschen ist hochlich höchst bedenklich und heute kurz vor den Wahlen auch politisch verfehlt.“

Der „Volkswacht“ sagt u. a.: „Wenn die Behauptungen zutreffen, dann müßte eigentlich die preussische Regierung den Oberreichsanwalt schon längst zu schärfstem Eingreifen veranlassen, und der Oberreichsanwalt müßte die Nachprüfung des Materials außerordentlich beschleunigt haben. Jedenfalls unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit Aufklärung verlangt; es ist unmöglich, daß mit Andeutungen gegen die Nationalsozialisten geardet wird.“ Die „Volksw.“ hebt hervor: „Das Material erweist die einwandfreie Betätigung, daß die SA. und SS-Formationen für den 13. März mobil gemacht worden sind, um nach einem Wahlsieg Hitlers noch in der Nacht sich der Waffenlager der Polizei, des Bahnhofsbesatzes zu bemächtigen, die Gebäude der Behörden, vor allem der Post, zu besetzen und so die Macht der Exekutive an